

Antrag

der Abgeordneten Joana Cotar, Uwe Schulz, Dr. Michael Ependiller, Jörn König, Wolfgang Wiehle, Marcus Bühl, Marc Bernhard, Jürgen Braun, Dr. Götz Frömming, Martin Hess, Leif-Erik Holm, Stefan Keuter, Andreas Mrosek, Sebastian Münzenmaier, Tobias Matthias Peterka, Martin Reichardt, Dr. Robby Schlund, Dr. Christian Wirth und der Fraktion der AfD

Corona digital bekämpfen – Innovationspotentiale zur Vermeidung von Ansteckung und Unterstützung der Genesung konsequent ausschöpfen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die Bundesrepublik Deutschland steht durch die Corona-Krise vor einer der größten Herausforderungen seit ihrer Gründung. Um der weiteren Ausbreitung des Virus entgegenzuwirken und die Auswirkungen auf das Gesundheitswesen zu mildern, muss die Bundesregierung alle Maßnahmen ergreifen, die angemessen und verhältnismäßig sind.

Länder wie Südkorea, Taiwan und Singapur haben schon früh auf innovative digitale Gesundheitslösungen gesetzt und konnten entsprechend schnell und effektiv reagieren, um den Auswirkungen der SARS-CoV-2-Ausbreitung entgegenzuwirken (www.deutschlandfunk.de/covid-19-warum-suedkorea-taiwan-und-singapur-bisher-1939.de.html).

Digitale Gesundheitslösungen via Smartphone oder Computer können, besonders in der aktuellen Lage, schnell für Entlastung sorgen und so die Versorgungssicherheit erhöhen. Darüber hinaus ermöglichen telemedizinische Behandlungen, den persönlichen Besuch in der Arztpraxis zu ersetzen und das Infektionsrisiko zu reduzieren.

Ein großes Angebot digitaler Gesundheitslösungen, z. B. für Behandlungen (Telemedizin), für gesundheitsrechtliche Problemstellungen (z. B. elektronische Patientenverfügung für Notfälle) oder für spezifische gesundheitliche Beratungen (z. B. bei Schwangerschaft) steht bereits zur Anwendung zur Verfügung. Laut Spitzenverband Digitale Gesundheitsversorgung stellt eine Mehrheit der Anbieter ihre digitalen Lösungen derzeit sogar kostenlos zur Verfügung (https://svdgv.de/wp-content/uploads/2020/03/SVDGV_Coronapakt-fuer-digitale-Gesundheitsversorgung.pdf).

Unternehmen, Verbände und Branchenstudien (www.strategyand.pwc.com/de/de/studien/effizienzpotentiale-durch-ehealth.pdf) weisen seit geraumer Zeit darauf hin, welches Optimierungspotential hier bisher weitestgehend ungenutzt geblieben ist. Für Patienten können diese Leistungen nun potentiell lebensrettend sein, sowohl durch Re-

duzierung der Ansteckungsgefahr als auch bei der Unterstützung von Genesungsverläufen. Es besteht somit die Möglichkeit, der akut drohenden Überlastung des Gesundheitssystems durch COVID-19 mit bereits am Markt verfügbaren digitalen Gesundheitslösungen schnell und umfassend entgegenzuwirken. Wir unterstützen daher die vom Spitzenverband Digitale Gesundheitsversorgung sowie dem Bundesverband Gesundheits-IT e. V. geforderten Maßnahmen.

- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
1. allen digitalen Gesundheitslösungen, die der Diagnostik, Prävention, Therapie oder Rehabilitation dienen,
 - a. eine Aufnahme in den finanziellen Rettungsschirm der Bundesregierung zu garantieren, sofern solche nicht unter einen der bisherigen Maßnahmen fallen,
 - b. Erstattung durch gesetzliche Krankenkassen für die Dauer der Krise zu ermöglichen, sofern für die entsprechenden Applikationen bereits nachgewiesene Evidenz oder zumindest ein wissenschaftliches Evidenzkonzept vorliegt und Hersteller dazu verpflichtet, Evidenzstudien in regelmäßigen Abständen nachzureichen,
 - c. Aufklärung durch die gesetzlichen Krankenkassen über evidenzgesicherte, digitale Gesundheitsanwendungen zu fördern,
 - d. für eine beschleunigte Umsetzung von Kooperationsverträgen zwischen Krankenkassen und digitalen Gesundheitsanbietern zu sorgen;
 2. eine nationale digitale Gesundheitsstrategie zu formulieren, die drei zentrale Schritte beinhaltet:
 - a. strukturierte Entwicklung eines gemeinsamen Zielbildes für die Digitalisierung im Gesundheitssystem, die unterstützt wird durch einen Diskurs zu den Chancen und Risiken der Digitalisierung im Gesundheitssystem,
 - b. Ableiten eines Aktionsplans mit konkreten Maßnahmen und Meilensteinen zum Erreichen des Zielbildes,
 - c. Umsetzung des Aktionsplans, begleitet durch einen breiten gesellschaftlichen Diskurs zur Stärkung der Akzeptanz für digitale Innovationen im Rahmen einer nationalen Aufklärungskampagne.

Berlin, den 17. April 2020

Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion

Begründung

Die bisher durch die Bundesregierung ergänzte „Corona-Unterstützung für Startups“ stellt jungen Unternehmen Kredite über Intermediäre zur Verfügung. Diese Maßnahme läuft für eHealth-Startups jedoch leer: Die meisten dieser Unternehmen dürfen trotz des kürzlich in Kraft getretenen „Digitale-Versorgung Gesetz“ bis heute keine Leistungen über den Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenkassen abrechnen. Somit fehlt ihnen ein tragfähiges Geschäftsmodell und die Möglichkeit zur Erwirtschaftung ausreichender Umsätze. Hausbanken werden daher äußerst zurückhaltend sein, eHealth-Startups die staatlich verbürgten Kredite auszureichen. Ausgerechnet eHealth-Startups bleiben damit ungeschützt.

Es geht in der aktuellen Krise eben nicht mehr nur darum, wie Bundesfinanzminister Olaf Scholz es formuliert hat, dass „Start-ups (...) weiter erfolgreich an ihren Ideen basteln können“ (<https://fintechnews.ch/fintechgermany/deutsche-startups-bekommen-2-milliarden-euro-unterstuetzung-in-der-corona-krise/34157/>). Vielmehr geht es darum, gerade jetzt das enorme Potential unserer künftigen Mittelständigen in den Wertschöpfungsprozess der Gesundheitsbranche einzubringen (www.bmwi.de/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/2020/20200401-sart-ups-bekommen-2-milliarden-euro.html). Digitale Innovationen müssen jetzt genutzt werden, um die überalterte Infrastruktur gerade des Gesundheitswesens zu ergänzen und Schritt für Schritt zu ersetzen. Das bisher ungenutzte Innovationspotential der eHealth-Branche muss sofort integriert werden. Wenn Deutschland diese die Chance verstreichen lässt, eigene Leistungserbringer in das Gesundheitswesen zu integrieren und die Entwicklung gezielt zu unterstützen, besteht die Gefahr, dass Deutschland künftig von amerikanischen oder chinesischen Diensten abhängig werden wird.

